

flüchtlingsrat hamburg

Offenes Plenum für antirassistische Arbeit

Pressemitteilung vom 26.09.06:

Der Flüchtlingsrat Hamburg protestiert gegen die Auslagerung von Flüchtlingen aus Hamburg

In diesen Tagen findet die schon lange anvisierte Verlagerung der Erstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge und Asylsuchende in das Lager Nostorf/Horst in Mecklenburg-Vorpommern statt, welche im Sommer diesen Jahres durch eine Verwaltungsvereinbarung beider Länder besiegelt wurde. Die Zentrale Erstaufnahme für Flüchtlinge auf dem Schiff "Bibby Altona" wird am 28. September geschlossen und die letzten BewohnerInnen in die Zentrale Aufnahmestelle (ZAST) Horst verbracht. Neuankommende Flüchtlinge werden ab dem 01.10.2006 in einer "Anlaufstelle" in der Sportallee im Bezirk Hamburg Nord für einige Tage untergebracht und erkennungsdienstlich behandelt. Hier sollen dann auch erste Anhörungen durchgeführt und das Asylverfahren eingeleitet werden. Danach erfolgt umgehend die Verlagerung der Flüchtlinge in die sogenannte "Wohnaußenstelle" Horst, damit sie in Hamburg nicht Fuß fassen können.

Das Lager Nostorf/Horst liegt in der Nähe von Boizenburg an der Elbe, fernab von jeder größeren Stadt und notwendiger Infrastruktur wie Beratungsstellen, RechtsanwältInnen etc.. Es dient seit Sommer 2005 nicht mehr nur als Erstaufnahmeeinrichtung des Landes Mecklenburg-Vorpommern, sondern auch als Landesgemeinschaftsunterkunft für Menschen, die nach Ansicht der Behörden "keine Bleibeperspektive" in Deutschland haben. Angaben über die Verweildauer der Flüchtlinge in Horst sind im Senatskonzept nur sehr schwammig und vage formuliert, Aussagen über den Verbleib nach Ablauf der "regelhaften" oder "verkürzten" Unterbringung von Familien in Horst findet man in der Senatsdrucksache gar nicht. Es ist zu befürchten, dass die meisten Flüchtlinge, für die Hamburg weiter zuständig ist, gezwungen werden, bis zu ihrer Abschiebung im Lager Nostorf/Horst zu bleiben.

Franz Forsmann vom Flüchtlingsrat Hamburg und Gisela Reher von der Anti-Lager-Gruppe erklären: *"Die Flüchtlinge leben dort isoliert, kontrolliert und schikaniert – das ist politisch gewollt. Auch wenn der Hamburger Senat stets versucht, der Hansestadt ein weltoffenes und gastfreundliches Image zu verschaffen, macht er mit dieser Entscheidung deutlich, dass Flüchtlinge und Asylsuchende in dieser Stadt nicht erwünscht sind. Hamburg soll flüchtlingsfrei werden und ist längst bundesweit bekannt als Vorreiter einer rigiden Ausgrenzungs- und Abschiebepolitik. Auch wenn der Hamburger Senat die Zusammenarbeit mit Mecklenburg-Vorpommern mit wirtschaftlichen Argumenten begründet, lässt sich der dahinter stehende Wille der politisch Verantwortlichen, Flüchtlinge aus Hamburg zu verbannen, nicht verbergen."*

Hamburg, als eine der wohlhabendsten Städte Europas, trägt als Welthandelsmetropole Mitverantwortung für die Zustände in den Ländern des Südens und darf sich nicht aus der Verantwortung für die Flüchtlinge stellen, für die es zuständig ist. Hamburg muss dafür Sorge tragen, dass diese hier unter menschenwürdigen Bedingungen in Wohnungen statt in Lagern leben können.

Keine Auslagerung von Flüchtlingen aus Hamburg – Schließung aller Lager !!

Für die Anti-Lager-Gruppe und den Flüchtlingsrat Hamburg: Gisela Reher, Franz Forsmann